

Antrag

der Abgeordneten Zaklin Nastic, Kathrin Vogler, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Tobias Pflüger, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Menschenrecht auf Frieden anerkennen und umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Jahr 2018 sind die weltweiten Ausgaben für das Militär mit insgesamt 1822 Milliarden Dollar auf einem Höchststand seit 1988 (Angaben SIPRI vom April 2019) gestiegen. Die Bundesrepublik Deutschland ist mit Gesamtausgaben von 49,5 Milliarden Dollar im letzten Jahr erstmals an die achte Stelle gerückt. Die deutschen Militärausgaben stiegen zwischen 2009 und 2018 um 9 Prozent. Aktuell befindet sich die Bundeswehr in 13 Ländern im Einsatz. Die Bundeswehr ist an der Ausbildung und Ausrüstung von Militär- und Sicherheitskräften in autokratisch regierten Ländern beteiligt, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Die Bundeswehr beteiligt sich weltweit an Rohstoff- und Verteilungskriegen sowie an illegalen Regime-Change-Versuchen unter Missachtung der Souveränität von Staaten und ihrer Bevölkerungen. Eine sofortige Rückkehr zur strikten Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte ist dringend notwendig.

Der 1. September wird seit 1946 in Deutschland als Antikriegstag/Weltfriedenstag begangen. Das Datum nimmt Bezug auf den 1. September 1939, den Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen. 80 Jahre später tragen auch Deutschland, die Europäische Union und die NATO weiter zu Kriegen und Kriegsgefahren weltweit bei. Die Bundesregierung verstößt damit gegen das Grundgesetz.

Deutschland ist der weltweit viertgrößte Rüstungsexporteur. Im April 2019 lockerte die Bundesregierung das Rüstungsembargo gegen Saudi-Arabien, das seit nunmehr vier Jahren einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Jemen führt und dort die laut VN größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit zu verantworten hat. Auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Ägypten und andere Mitglieder der saudisch geführten Koalition gegen den Jemen erhalten deutsche Rüstungsgüter.

Das Recht auf Frieden wurde von der UN-Generalversammlung am 12. November 1984 mit der Resolution A/RES/39/11 angenommen. Am 1. Juli 2016 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat die Erklärung über das Recht auf Frieden und empfahl der Generalversammlung, einen Resolutionsentwurf zum Recht auf Frieden anzunehmen. Dies geschah unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

(A-EMR), den UN-Zivilpakt, den UN-Sozialpakt sowie die Erklärung und das Aktionsprogramm von Wien, in dem die gegenseitige Abhängigkeit und Gleichrangigkeit aller Menschenrechte bekräftigt wurde.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Erklärung zum Recht auf Frieden, welche am 1. Juli 2016 von dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommen wurde. Der Deutsche Bundestag bedauert sehr, dass die Bundesregierung gegen diese Erklärung gestimmt hat und ist enttäuscht darüber, dass diese im Inhalt deutlich hinter die in der Santiago-Deklaration zum Menschenrecht auf Frieden (2010) aufgeführten Forderungen zurückfällt. Frieden ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte und die umfassende menschliche Entwicklung. Die Menschenrechte aller Menschen zu achten, ist Grundlage des friedlichen Zusammenlebens im eigenen Land ebenso wie weltweit. Frieden geht über die Abwesenheit von bewaffneten Konflikten hinaus und bedeutet die Beseitigung aller Arten von Gewalt, ob direkte, politische, strukturelle, wirtschaftliche oder kulturelle Gewalt sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor (positive Dimension des Rechts auf Frieden, nach der Santiago Deklaration).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich innerhalb der UN-Gremien für die Umsetzung des Rechts auf Frieden im Sinne der Santiago Deklaration durch Verankerung in einem völkerrechtlichen Vertrag einzusetzen und diesen in allem politischen Handeln konsequent umzusetzen;
2. alle Auslandseinsätze der Bundeswehr sofort zu beenden;
3. alle deutschen Rüstungsexporte sofort zu stoppen.

Berlin, den 4. Juni 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion